

Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.  
Bezugspreis: Mk. vierteljährlich, Mk. monatlich inklusive Postgebühren.

# Briefetal-Bote.

Anzeigen werden in der Hauptgeschäftsstelle in Birkenwerder Bahnhofstr. 5, angenommen. Die einpaltige Beilage kostet 49 M. M.

## für die Gartenstadt Frohnau.

Publikationsorgan für Behörden, Vereine, Geschäftsleute usw.

Erscheint als Amtsblatt „Briefetal-Bote“ für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briefe, Rehnsitz, Stolpe für ehemal. Hoffjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend.

Fernsprecher Amt Birkenwerder Nr. 5.

Postcheck-Konto: Berlin 62 448.

Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Nr. 139.

Dienstag, den 27. November 1923

5. bezw. 22. Jahrg.

### Hohen Neuendorf.

Der Gemeindevorsteher macht bekannt:  
Elektrizitätsversorgung.

Am Montag, den 26. November, erfolgt die Ableitung des verbrauchten elektr. Stromes. Der Preis für die Kilowattstunde ist auf 0,42 Goldmark festgesetzt und ist am Dienstag, den 27. November, vorm. 9—12 Uhr, an die Gemeindekasse einzuzahlen. Zählermiete wird für die Zeit vom 1.—30. November berechnet.

### Mietzuschläge.

Zur Berechnung der Zuschläge für Müllabfuhr und Entleerung der Jauchegruben bei den geschlossenen Mietern wird bekanntgemacht, daß der Tarifstundenlohn eines Gemeinbediensteten am 20. Novbr. 257 580 0 0 000 Mk. beträgt.

### Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

Kriegshinterbliebene und -Beschädigte erhalten die Zuschläge für das 4. November-Viertel am 27. d. M. nach 11 Uhr vormittags in der Gemeindekasse.

Die angezahlten Kartoffeln treffen voraussichtlich Ende dieser Woche am Bahnhof ein. Die Zeit zur Abholung derselben wird mit der Aufforderung zur Rückzahlung nach Feststellung des endgültigen Preises noch bekanntgegeben.

Birkenwerder, den 26. November 1923.

Der Gemeindevorsteher. Kühn.

### Der Gemeindevorsteher Borgsdorf.

Einladung zur Gemeindevertreter-Sitzung.

Zu der auf Mittwoch, den 28. November, abends 8 Uhr im Gemeinde-Sitzungsraum anberaumten Versammlung der Gemeindevertretung, in der über die in nachstehender Tagesordnung bezeichneten Gegenstände beraten oder beschloffen werden soll, werden sämtliche Mitglieder der hiesigen Gemeinde-Vertretung hiermit unter dem Hinweis eingeladen, daß die Nichtanwesenheit sich den gefassten Beschlüssen zu unterwerfen haben.

### Tagesordnung.

1. Erlass eines Ortsstatuts über den Feuerlöschdienst.
2. Erlass einer Verwaltungs-Gebühren-Ordnung.
3. Beschlußfassung über die Erhebung eines Zuschlages zur Grundvermögenssteuer.
4. Wahl von Beisitzern zum Mietzuschlagsamt.
5. Beschlußfassung über die monatliche Erhebung der Kommunal-Abgaben.
6. Bewilligung eines Verbands-Notopfers für den Provinzial-Feuerwehr-Verband.
7. Verschiedenes.

Es wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß das Gemeindebüro vormittags in der Zeit von 8—12 Uhr für das Publikum geöffnet ist. Es wird gebeten, die festgesetzten Dienststunden inne zu halten, da die andere Zeit dringend zur Erledigung schriftlicher Arbeiten gebraucht wird.

Die Staatssteuerrolle über die zu erhebende Steuer vom Grundvermögen liegt während der Dienststunden von 8—12 Uhr vom 20. d. M. bis 8 Tage lang zur Einsicht der Steuerpflichtigen aus.

Die Staatssteuer vom Grundvermögen ist bis Sonnabend, den 1. Dezember während der Dienststunden von 8—12 Uhr in der hiesigen Gemeindekasse zu entrichten.

Borgsdorf, den 26. November 1923.

Der Gemeindevorsteher. Kowald.

### Kurze Nachrichten.

Im Reichstage verlautet, daß General v. Seeckt als Inhaber der vollziehenden Gewalt an den Reichstag das Ersuchen gerichtet habe, der Aufhebung der Immunität des Abg. v. Graefe zuzustimmen, damit er wegen Vergehens gegen die Verordnung des Reichspräsidenten strafrechtlich verfolgt werden könne.

Das Generalstaatskommissariat in München teilt mit, daß das Verfahren wegen der Vorgänge am 8. und 9. November bereits bei den bayerischen Justizbehörden anhängig sei, und daß eine Auslieferung an den Staatsgerichtshof der Republik daher nicht in Frage komme. Damit nimmt v. Rahe den offenen Konflikt mit dem Reiche auf.

Dem unter dem Verdacht des Mordes an Rosa Luxemburg stehenden Leutnant a. D. Erwin Krull ist es gelungen, ins Ausland zu entkommen. Neben der Morbanlage schwebt gegen Krull noch ein zweites Verfahren bei der Staatsanwaltschaft wegen eines Bombenanschlages auf den sozialistischen Schriftsteller Dr. Parnus-Gelphand.

Der Journalist Walter Dehne wurde aus der Schußhaft entlassen, nachdem er dem Wehrkreis-Kommando die Erklärung abgegeben hatte, daß er in seiner Tätigkeit alles unterlassen werde, was gegen die Ordnung und Sicherheit im Reiche verstoße.

In Gelsenkirchen kam es zu Plünderungen und Straßenkämpfen, wobei sechs Einwohner getötet und zwanzig verletzt wurden.

In Trier wurden die Separatistenbanden von den Franzosen entmachtet und ihre Wachtlokalen geschlossen. Die deutschen Verwaltungsbehörden können wieder in Freiheit ihre Tätigkeit ausüben.

Einen englischen Aufruf für Deutschland veröffentlichten englische Zeitungen. In sehr beweglichen Worten wird die Not in Deutschland geschildert und herzlich und dringend zu Gaben für unser Land aufgefordert.

Die Volksbewegung für die Republik ist in Griechenland in starkem Zunehmen begriffen. Die Rückkehr von Benizelos wird erwartet. Man nimmt vielfach an, König Georg werde gezwungen sein, noch vor den Neuwahlen Griechenland zu verlassen.

### Rücktritt des Kabinetts Stresemann.

Im Reichstag forderte Reichskanzler Stresemann zu Beginn der Freitag-Sitzung von den Regierungsparteien ein klares Vertrauensvotum. Die Sozialdemokraten beantragten hierüber namentliche Zustimmung. Diese Abstimmung fand in der achten Abendstunde statt und ergab die Ablehnung des Vertrauensvotums mit 230 gegen 155 Stimmen. Sieben Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Die Mehrheit bestand aus Sozialdemokraten, Deutschnationalen, Kommunisten und der Mehrheit der Bayerischen Volkspartei, die Minderheit aus den drei Regierungsparteien: Deutsche Volkspartei, Zentrum und Demokraten. Die sieben Stimmenthaltungen rührten von der Minderheit der Bayerischen Volkspartei her. Sowohl bei den Deutschnationalen wie bei den Sozialdemokraten hatte sich der Teil der Fraktion, der in diesem Augenblick die Regierung nicht hat stützen wollen, vor der Abstimmung aus dem Saal entfernt, ebenso einige Mitglieder der Deutschen Volkspartei.

Die Mitglieder des Kabinetts verließen unmittelbar nach der Abstimmung den Saal und hielten eine kurze Besprechung ab. Der Reichskanzler begab sich dann am späten Abend zum Reichspräsidenten, um ihm die Demission des Gesamtkabinetts zu übergeben. Der Reichskanzler nahm die Demission an und beauftragte das Kabinett mit der einstweiligen Fortführung der Geschäfte.

Am späten Abend wurde Reichstagspräsident Loebe zum Reichspräsidenten gerufen.

### Die Kandidatur Kardorff ge scheitert.

Der erste Versuch zur Neubildung der Reichsregierung, der Sonnabend nachmittag durch den Auftrag des Reichspräsidenten an Herrn von Kardorff unternommen wurde, ist bereits wenige Stunden später gescheitert. Die deutschnationale Fraktion ließ Herrn von Kardorff mitteilen, daß sie ihrerseits sich nicht an einem Kabinett unter seiner Führung beteiligen könne. Herr von Kardorff gehörte früher der Deutschnationalen Partei an und trat alsdann in die Deutsche Volkspartei über.

### Verjagen der Parteien. Kabinett Albert.

Nachdem der Versuch des Reichstagsabgeordneten von Kardorff, ein Kabinett der bürgerlichen Parteien zu bilden, gescheitert ist, hat der Reichspräsident im Laufe des heutigen Tages mit den Reichsministern Dr. Jarres, Dr. Brauns und Dr. Geßler die Frage der Kabinettsbildung besprochen. Die Besprechungen führten zu dem Ergebnis, daß zurzeit die Bildung einer Koalitionsregierung keine Aussicht auf Erfolg bietet. Der Reichspräsident hat deshalb am Nachmittag an den früheren Reichsminister Albert folgendes Schreiben gerichtet: „Meine bisherigen Besprechungen über die Kabinettsbildung haben mich überzeugt, daß des zurzeit nicht möglich ist, eine Koalitionsregierung auf ausreichend parlamentarischer Grundlage zu bilden. Die Lage Deutschlands ist aber in jeder Hinsicht so überaus ernst, daß die Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung keinen Aufschub mehr duldet. Ich sehe nur die eine Möglichkeit, eine Regierung bewährter Männer zu bilden, die entschlossen sind, unter Zurückhaltung von persönlichen und parteipolitischen Rücksichten ihre ganze Kraft für die Lebensnotwendigkeiten unseres Landes einzusetzen. In dieser schweren Stunde appelliere ich nochmals dringend an Ihre vaterländische Pflichtgefühl, Ihre mir geäußerten und auch von mir gemüdigten Bedenken zurückzusetzen und die Bildung einer solchen Regierung

zu übernehmen. Für eine umgehende Erklärung wäre ich Ihnen sehr dankbar.“ Anschließend hatte der Reichspräsident eine Besprechung mit dem Reichsminister a. D. Albert, in deren Verlauf dieser den Auftrag zur Kabinettsbildung übernahm.

### Stresemanns Sturz.

Aber die letzten Entwicklungen vor dem Rücktritt des Kabinetts wird uns von einem parlamentarischen Mitarbeiter geschrieben:

Krise — das ist das stehende Wort in unserem gesunden Leben der Gegenwart; Krise im inneren Leben des einzelnen, der in dem Widerstreit des Alten und des Neuen nur schwer einen festen Standpunkt gewinnen kann. Krise im sozialen Leben, im wirtschaftlichen Dasein. Und schließlich Krise im Gesamtleben unseres Volkes, das in weit größerem Maßstab nicht nur von jenen Kämpfen zwischen Altem und Neuem durchzittert ist, sondern auch und vor allem unter dem Druck furchtbarer Mächte des Auslandes lebend zu allen Zeiten noch um sein Dasein kämpft.

Von dieser krisenübergangenen Atmosphäre konnte jenes Organ, jene Institution naturgemäß am wenigsten frei bleiben, sie mußte sich vielmehr in jenem Organ, jener Institution am deutlichsten und schmerzhaftesten, freileben und — hilflos! — ausprägen, mußte dort alles durchdrängen, mußte dort die Nerven zum Vibrieren bringen, wo die Fäden aus allen Schichten unseres Volkes, wo die sozialen, wirtschaftlichen und parteipolitischen Meinungen und Gegenkräfte sich zusammenfanden, aufeinander prallten — im deutschen Reichstag.

Als das Kabinett Stresemann in den ersten Tagen des Oktober die schwere Krise überstanden hatte, die äußerlich durch ein vorübergehendes Ausbleiben der sozialdemokratischen Minister entstanden war, trauerte man dem neuen Kabinett von vornherein nicht viel Lebenskraft und Lebensmut zu. Auf parlamentarischer Basis war es ja entstanden, also auf einem Boden, der selbst selbstverständlich ist; wieder hatte es sich auf diesen Boden gestellt; und vermochte von dort aus namentlich die Dinge noch weniger zu meistern, als vier Wochen nach der ersten Krise die zweite ansprach, die sozialdemokratischen Minister endgültig anstraten und damit dem Kabinett ein großer Teil des Bodens unter den Füßen wegbrach, auf dem es stand. Das Ermächtigungsgesetz, das jenen Boden gestützt hatte, verlor seine Stützfläche und das Kabinett damit die Möglichkeit, außerhalb der wankenden parlamentarischen Basis zu arbeiten. Verluste, den Boden neu zu füllen, ihn zu erweitern — so durch die Heranziehung des den Deutschnationalen angehörenden Grafen Kautz als Ernährungsministers, des rechtsgerichteten Jarres als Innenminister — schlugen praktisch fehl — das alles waren nur hinausgerungen, aber keine Füllungen der Krise. Ungelöst blieb das bayerische Problem, ungelöst die Nahrungsfrage, die Ernährungsfrage, ungelöst alles das, was in jeder Weise vor sich ging, ungelöst vor allem die Wirtschaftskrise, — kurz alles drängte zu einer schließlichen Entladung.

Von zwei Seiten her zog nun in den letzten Wochen das Gewitter heran; es stand tagelang am Himmel. Von rechts war ein Misstrauensvotum gegen den Kanzler beschloffen und wurde am Donnerstag ab eingebracht. Links, bei den Sozialdemokraten, hatte man aber alles von der Donnerstag-Rede des Reichskanzlers abhängig gemacht und ist schließlich gleichfalls mit einem Misstrauensvotum hervorgetreten, das aber die Gründe dieses Misstrauens — die Politik des Kabinetts gegen Sachsen, Thüringen und Bayern — ausdrücklich namhaft macht. Das hat nun den Kanzler veranlaßt, die Krise zu irgendeinem Ende zu führen, indem er nun feierlich die Stellung eines Kabinetts an den Reichspräsidenten in ihrem Organ, dem Vorwärts, aber schreiben lassen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen Vertrauensantrag der Mittelparteien, falls er eingebracht werden sollte, ablehnen wird. Es hatte ja auch seinen Zweck mehr, die unerträglich gewordenen Krise immer weiter hinauszuwickeln und durch unklare parlamentarische Abstimmungen das Bild wieder zu verunkeln.

Wieviehl hat Stresemann das Richtige getroffen, als er am Donnerstag sagte: „Mir scheint, daß jetzt mehr eine Parlamen-tarische Krise besteht als eine Kabinetts-krise.“ Zur Hälfte hat er gewiß recht; denn diese Parlamen-tarische Krise ist eben nichts anderes als der deutliche Ausdruck des krisenübergangenen deutschen Volkes, das seine Ruhe findet, das immer Neues probiert, weil dem Alten der Erfolg versagt blieb. Es schuldlos versagt blieb oder schuldhaft — wer kann das festus entscheiden? Das ebenso aber auch neue Männer an der Führung erproben will, weil den alten der Erfolg versagt blieb. Zu diesem Neuen und diesen Neuen greift in der tiefen Not wie der Entzündende zum Strohhalm greift. Wieviehl ist es kein Strohhalm, wieviehl ist es ein Balken, der uns an das rettende Land trägt. Und konnte uns der reime, alku oft übertriebene Parlamentarismus nicht retten, so kann — wie erleben

**Goldbestand Sonnabend 4,2 Milliarden.**  
1 Goldpfennig gleich 6 Milliarden Papiermark.